

1 Beschluss des SPD-Parteivorstandes bei der Klausur am 17./18. Januar 2016

2

### 3 **Taten verhindern – Täter bestrafen – Hetze entgegentreten**

4

#### 5 **Was wir jetzt brauchen: ein starker und entschlossener Rechtsstaat**

6

7 „Nur reiche Menschen können sich einen armen Staat leisten“. Diese Erkenntnis gilt  
8 nicht nur für die soziale Sicherheit in unserem Land, sondern auch für die Aufgaben der  
9 inneren Sicherheit. Der Blick in Länder mit privatem Reichtum und öffentlicher Armut  
10 zeigt: Während Wohlhabende sich durch privaten Wachschutz Sicherheit kaufen kön-  
11 nen, bleiben die meisten anderen Bürgerinnen und Bürger schutzlos.

12

13 Für die Sozialdemokratie ist deshalb ein starker, entschlossener und vor allem hand-  
14 lungsfähiger Rechtsstaat unabdingbar. Er muss Alltagskriminalität ebenso wirkungs-  
15 voll verfolgen und unterbinden wie organisierte Kriminalität. Und er muss auch in der  
16 Lage sein, seine Bürgerinnen und Bürger vor Übergriffen zu schützen, wie wir sie in der  
17 Silvesternacht 2015/2016 erleben mussten. Und wo Straftaten nicht verhindert wer-  
18 den, muss die Strafverfolgung konsequent und wirkungsvoll möglich sein und durch-  
19 gesetzt werden.

20 Wir verurteilen Gewalt und Kriminalität überall und unabhängig von wem sie ausgeht:  
21 Ob es Straftaten von Ausländern sind wie in Köln und anderen Städten oder rechte  
22 Gewalt gegen Asylsuchende und Menschen mit Migrationshintergrund. Wer Brandan-  
23 schläge auf Häuser und Unterkünfte verübt, in denen zu uns geflohene Frauen, Männer  
24 und Kinder schlafen, verteidigt nicht das Abendland. Diese Täter sind Schwerstverbre-  
25 cher, die sich weit außerhalb unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung  
26 stellen und deshalb mit aller Härte von unserem Rechtsstaat zur Verantwortung gezo-  
27 gen werden müssen.

28

29 Unsere Haltung ist: konsequent und entschieden für das Recht und für die Sicherheit  
30 aller Menschen, die in Deutschland leben. Wir stellen mit Nachdruck klar: Das Gewalt-  
31 monopol des Staates wird von unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ausge-  
32 übt – bürgernah und robust, wenn es darauf ankommt. Angriffe auf die Beamtinnen  
33 und Beamten tolerieren wir nicht. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass die Polizei mit  
34 genügend gut ausgebildetem Personal und modernen Sachmitteln ausgestattet wer-  
35 den. Insbesondere müssen Analysefähigkeit und die Kompetenzen zur Lageeinschät-  
36 zung derart ausgeprägt sein, dass auch unvorhergesehene Sicherheitslagen schnell und  
37 nachhaltig bewältigt werden können.

38

39 Die aktuellen Vorfälle zeigen, dass wir handeln müssen, um unseren starken und ent-  
40 schlossenen Rechtsstaat zu erhalten. Wir werden dafür sorgen, dass Recht und Gesetz  
41 konsequent durchgesetzt werden kann. Dazu gehört vor allem ausreichend Personal  
42 bei Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten. Es war deshalb richtig, dass die SPD in  
43 der Bundesregierung 3.000 zusätzliche Stellen für die Bundespolizei durchgesetzt hat.  
44

45 Zusätzlich muss das Aufenthalts- und Strafrecht da verschärft werden, wo dies einen  
46 spürbaren Nutzen bedeutet. Auch wenn sich Erfolge nur langfristig zeigen: Die SPD  
47 wird auch weiterhin darauf setzen, die Zivilgesellschaft zu stärken, um Tätern von An-  
48 fang an den Boden zu entziehen.

49  
50 Die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung ist eine Aufgabe des Staates. Das  
51 staatliche Gewaltmonopol darf nicht in Frage gestellt werden. Wir akzeptieren es da-  
52 her nicht, wenn sich sog. Bürgerwehren oder andere private Gruppierungen dazu auf-  
53 schwingen, selbst Polizei zu spielen.

#### 54 55 **Worauf es ankommt: Recht konsequent durchsetzen**

56  
57 1. Wir werden auf allen Ebenen die aktuellen Vorkommnisse in Köln, Stuttgart, Mün-  
58 chen und Hamburg intensiv untersuchen. Bund und Länder müssen daraus Conse-  
59 quenzen ziehen. Vollzugsdefizite werden wir nicht dulden. Vollzugsdefizite können  
60 nicht durch neue Gesetze behoben werden. Die Situation muss vielmehr analysiert und  
61 es müssen passgenaue Schlussfolgerungen gezogen werden (z.B. in Bezug auf die Zu-  
62 sammenarbeit der Behörden).

63  
64 2. Weiterhin erfüllen das BMI und sein Bundesamt für Migration und Flüchtlinge  
65 (BAMF) nicht die Vereinbarung im Hinblick auf zügigere Bearbeitung der Asylanträge.  
66 Im Gegenteil: Der Berg unbearbeiteter Anträge ist weiter angewachsen. Der permanen-  
67 te Ruf nach Gesetzesänderungen kann nicht kaschieren, dass das BMI die Lage nicht  
68 unter Kontrolle bekommt. Der Verwaltungsvollzug wird dadurch in erheblichem Maße  
69 behindert. Wir brauchen schnelle und rechtsstaatliche Entscheidungen, aufgrund derer  
70 klar ist, wer in Deutschland Anerkennung als Flüchtling bekommt und wer nicht. Nur  
71 auf diese überfälligen Entscheidungen des BAMF können die weiteren Schritte aufbau-  
72 en – Aufenthalt und Integration der anerkannten Asylbewerber genauso wie die Rück-  
73 führung und Abschiebung der abgelehnten.

74  
75 3. Straftaten schon im Ansatz zu verhindern, aufzuklären und Täter anzuklagen, erfor-  
76 dert eine gut ausgestatte und jeder Zeit an jedem Ort handlungsfähige Polizei und Jus-  
77 tiz. Polizistinnen und Polizisten müssen sich Respekt verschaffen können. Alles dies

78 darf nicht an fehlendem oder überlastetem Personal scheitern. Die SPD dringt darauf,  
79 das Personal bei den Staatsanwaltschaften und der Polizei weiter zu erhöhen.

80

81 Insgesamt fordern wir die Schaffung von 12.000 neuen Stellen bei der Polizei in Bund  
82 und Ländern bis 2019: Im Bund sollen zusätzlich zu den von uns geforderten und be-  
83 reits beschlossenen 3.000 Stellen weitere 3.000 Stellen für die Bundespolizei und beim  
84 Bundeskriminalamt sowie in den Ländern 6.000 neue Stellen geschaffen werden. Wir  
85 werden zudem schnell ermitteln, inwiefern zusätzlicher Personalbedarf bei den  
86 Staatsanwaltschaften erforderlich ist.

87

88 4. Wir wollen in den Bundesländern für bestimmte Tatmuster schneller und flexibler  
89 Schwerpunktstaatsanwaltschaften einrichten, die Kompetenz und Erfahrung bündeln  
90 und so konsequenter Straftäter ermitteln können.

91

92 5. Wer Häuser und Unterkünfte in Brand steckt handelt gemeingefährlich und nimmt  
93 billigend den Tod von Frauen, Männern und Kindern in Kauf. Jeder Brandanschlag em-  
94 pört uns zutiefst. Jedem Fall muss mit Akribie und langem Atem nachgegangen wer-  
95 den. Deshalb darf die Aufklärung von Straftaten niemals daran scheitern, dass existie-  
96 rende Ermittlungsmethoden aufgrund mangelnder Ressourcen nicht genutzt werden.  
97 Gerade im Bereich der Brandstiftung gibt es ein Potential für bessere Ermittlungsme-  
98 thoden.

99

100 6. Wir werden die bestehenden Rechtsgrundlagen für die Videoüberwachung des öf-  
101 fentlichen Raums ausschöpfen. Wir wollen an bekannten Kriminalitätsschwerpunkten  
102 die Videoüberwachung ausweiten. Dabei ist klar, dass Kameras keine Alternative zu  
103 klassischer präventiver Polizeiarbeit sind, sondern eine sinnvolle Ergänzung.

104

105 7. Wir setzen uns dafür ein, die Sicherheitsbehörden in Deutschland und in Europa bes-  
106 ser zu vernetzen. Soweit erforderlich stellen wir hierfür auch zusätzliche Personalkapa-  
107 zitäten zur Verfügung. Wir müssen erreichen, dass alle Informationen schnell gebün-  
108 delt werden und auf diese Weise Straftaten verhindert und aufgeklärt werden.

109

110 8. Wir werden den EU-weiten Datenaustausch der Sicherheitsbehörden weiter erleich-  
111 tern. Die SPD steht zu Europa und stellt sich allen Versuchen, zum Nationalstaat zu-  
112 rückzukehren, entgegen. Das bedeutet aber auch, dass wir im Sicherheitsbereich ge-  
113 meinsam agieren und zusammenarbeiten müssen.

114

115 9. Wir werden den Datenaustausch im Flugverkehr verbessern. Nach der Einigung im  
116 EU-Rat über eine entsprechende Richtlinie müssen die Fluggastdaten aller Passagiere,

117 die von Deutschland in Drittstaaten bzw. aus Drittstaaten nach Deutschland fliegen,  
118 und auch der Intra-EU-Flüge von und nach Deutschland gespeichert werden. Wir set-  
119 zen uns für eine zügige Umsetzung der Richtlinie ein.

120

121 10. Mit dem Aufbau einer Europäischen Staatsanwaltschaft werden wir dafür sorgen,  
122 dass Straftaten in der EU über Staatsgrenzen hinweg künftig effektiv verfolgt werden  
123 können.

124

### 125 **Konsequent und zielsicher: Opfer besser schützen**

126

127 1. Wir werden Strafbarkeitslücken bei Sexualdelikten schließen. Es gibt sexuelle Über-  
128 griffe, die nach der aktuellen Rechtslage nicht bestraft werden können, weil kein physi-  
129 scher Widerstand gewaltsam gebrochen wird. Unser Justizminister Heiko Maas hat  
130 dazu bereits einen Vorschlag vorgelegt. Es sollen dabei insbesondere erfasst werden:  
131 a) die Fälle, in denen der Täter ein Überraschungsmoment ausnutzt, sowie  
132 b) die Fälle, in denen der Täter die Furcht des Opfers ausnutzt, er werde bei Widerstand  
133 Gewalt anwenden oder dem Opfer ein anderes empfindliches Übel zufügen.

134 Wir begrüßen, dass die Union ihre Blockade gegen diesen Vorschlag nun endlich auf-  
135 gibt.

136

137 2. Die Ausweisung von Drittstaatsangehörigen, die Straftaten begangen haben, wer-  
138 den wir weiter erleichtern. Kriminelle müssen konsequent zur Rechenschaft gezogen  
139 werden – gerade zum Schutz der vielen Flüchtlinge, die sich nichts haben zu Schulden  
140 kommen lassen. Die Strafrahmen für die Ausweisung werden bei bestimmten Delikten  
141 (Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbe-  
142 stimmung, das Eigentum oder wegen des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte)  
143 abgesenkt, sofern diese Straftaten mit Gewalt oder unter Anwendung von Drohungen  
144 mit gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben oder mit List begangen sind. Eine Auswei-  
145 sung kann in Zukunft bei jeder rechtskräftigen Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe  
146 erfolgen – unabhängig von der Höhe.

147

148 3. Bei der Gesamtabwägung für die Entscheidung über die Ausweisung eines Auslän-  
149 ders wird künftig neben der Dauer des Aufenthalts, den persönlichen, wirtschaftlichen  
150 und sonstigen Bindungen im Bundesgebiet und im Herkunftsstaat oder einem anderen  
151 zur Aufnahme bereiten Staat sowie den Folgen der Ausweisung für Familienangehörige  
152 und Lebenspartner auch die Tatsache berücksichtigt, ob sich der Ausländer rechtstreu  
153 verhalten hat.

154

155 4. Flüchtlingen, die Straftaten begehen, werden wir künftig konsequenter die rechtli-  
156 che Anerkennung als Flüchtling versagen. Wer wegen einer oder mehrerer vorsätzlich  
157 begangener Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle  
158 Selbstbestimmung, das Eigentum, auch in Form serieller Begehung oder wegen Wider-  
159 stands gegen Vollstreckungsbeamte, sofern diese Straftaten mit Gewalt oder unter  
160 Anwendung von Drohungen mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben oder mit  
161 List begangen sind, rechtskräftig zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von einem Jahr  
162 verurteilt ist, und deshalb eine Gefahr für die Allgemeinheit bedeutet, kann künftig von  
163 der Anerkennung als Flüchtling ausgeschlossen werden. Dies gilt unabhängig davon,  
164 ob die Freiheits- oder Jugendstrafe zur Bewährung ausgesetzt ist.

165  
166 Bei allen anderen Delikten ist die Flüchtlingsanerkennung weiterhin ausgeschlossen,  
167 wenn der Flüchtling aufgrund einer rechtskräftigen Verurteilung zu einer Freiheitsstra-  
168 fe von mindestens drei Jahren wegen eines Verbrechens oder besonders schweren Ver-  
169 gehens als eine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland anzusehen  
170 ist oder eine Gefahr für die Allgemeinheit bedeutet.

171  
172 5. Wir setzen uns auf europäischer Ebene für eine systematische und koordinierte Kon-  
173 trolle der EU-Außengrenzen ein. Die Kommission wird noch in diesem Jahr einen Vor-  
174 schlag vorlegen, den wir konstruktiv beraten werden.

175  
176 6. Islamistische Extremisten, die zur terroristischen Ausbildung bzw. Kriegsteilnahme  
177 ausreisen wollten, konnte bislang präventiv nur der Reisepass entzogen werden. Eine  
178 Ausreise vor allem über die Türkei nach Syrien war mit dem Personalausweis noch  
179 möglich. Diese Lücke haben wir mit einem Gesetz geschlossen, das den Entzug des Per-  
180 sonalausweises ausreisewilliger Jihadisten ermöglicht.

181  
182 7. Wir werden die Vermögensabschöpfung bei Straftaten erleichtern. Damit stellen wir  
183 sicher, dass Täter - und insbesondere die Drahtzieher und Hintermänner - schwerer  
184 von ihrer Kriminalität profitieren.

185  
186 8. Wir sorgen dafür, dass der von uns geschaffene neue Straftatbestand der Terroris-  
187 musfinanzierung einen wirksamen Beitrag zur Verhinderung terroristischer Anschläge  
188 leistet. Wir haben eine selbstständige Strafbarkeit der Handlungen, die in der UN-  
189 Konvention zur Terrorismusfinanzierung genannt sind, eingeführt. Damit entsprechen  
190 wir den Anforderungen der Financial Action Task Force. Zudem haben wir die Strafbar-  
191 keit der Selbstgeldwäsche entsprechend den Vorgaben der Financial Action Task Force  
192 (FATF) erweitert.

193

194 9. Wir haben bereits die Ausreise sowie deren Versuch in ein Terror-Camp unter Strafe  
195 gestellt, um auch diejenigen bestrafen zu können, die noch keinen konkreten Anschlag  
196 begangen oder geplant hatten.

197

### 198 **Tätern den Boden entziehen: die Zivilgesellschaft stärken**

199

200 1. Wer terroristische Straftaten begeht, wurde meist radikalisiert. Auch fremdenfeindli-  
201 chen Straftaten geht meistens Hetze und der Aufruf zu Straftaten u.a. im Netz voraus –  
202 hier müssen wir die Grundlagen schaffen, früher einzuschreiten. Strafbare Hetze und  
203 Propaganda wollen wir deshalb verhindern – egal, von wem sie ausgeht. Gemeinsam  
204 mit sozialen Netzwerken hat Justizminister Maas bereits zahlreiche Maßnahmen erar-  
205 beitet. Diesen Weg begrüßen wir.

206

207 2. Wir wollen die Mittel für zivilgesellschaftliche Programme gegen Radikalisierung  
208 erhöhen.

209 Wir müssen der Radikalisierung von Menschen schon im Ansatz begegnen. Die  
210 Deradikalisierung von Menschen ist meist ein längerfristiger Prozess. Das geht am bes-  
211 ten durch Bildung und Aufklärung. Wir müssen uns um junge Menschen kümmern,  
212 bevor sie sich radikalieren. Und wir müssen denjenigen den Ausstieg ermöglichen, die  
213 den Menschenfängern bereits in die Hände gefallen sind.